

Rendsburg, 29. März 2022

Auswirkungen des Ukraine-Krieges auf die Agrarwirtschaft

Schwarz: „Hohe Ertragspotentiale müssen bei drohender Zunahme des Hungers genutzt werden“

Mehr als einen Monat dauert der Krieg in der Ukraine nun an und hat zu unermesslichem Leid geführt. Auch auf der jüngsten Sitzung des höchsten Gremiums des Bauernverbandes Schleswig-Holstein, des Landeshauptausschusses, standen der Krieg und seine Auswirkungen im Mittelpunkt.

Es droht eine Versorgungskrise an den Weltagrarmärkten, vor allem mit Getreide. Aufgrund der Selbstversorgung mit Getreide wird diese Versorgungskrise kurzfristig nicht in der EU oder Deutschland eintreten, wohl aber die Getreideimportländer in Nordafrika und der Sub-Sahara sowie den Iran und Irak betreffen. Es ist mit einer deutlichen Ausdehnung des Hungers in der Welt zu rechnen, da arme Länder die Versorgung ihrer Bevölkerung über den Weltmarkt nicht sicherstellen können.

Deutschland hat zudem aus der Ukraine Futtermittel wie Sonnenblumenkuchen und Mais bezogen. Insbesondere ökologisch wirtschaftende Betriebe in Deutschland sind auf den Import von Bio-Sonnenblumenkuchen angewiesen. Die Preise steigen in diesem Bereich in erheblichem Umfang und es ist von Futtermittelengpässen für konventionelle und ökologische Tierhalter auszugehen. Zudem sind Energie und in der Folge Dünger knapp und teuer, wenn denn überhaupt verfügbar.

„Die im Dialog zwischen Politik, Landwirtschaft, Umweltverbänden und anderen gesellschaftlichen Akteuren vereinbarten Ziele wie die der Zukunftskommission Landwirtschaft büßen nicht an Wichtigkeit ein und wir werden sie mit großer Verlässlichkeit weiterverfolgen“, fasste Verbandspräsident Werner Schwarz nach der Sitzung zusammen.

Im Angesicht drohender Versorgungsengpässe und einer massiven Zunahme des Hungers könne die Landwirtschaft nun aber maßgeblich dazu beitragen, diese Auswirkungen des Krieges abzumildern, so Schwarz weiter.

„Dazu bedarf es einer Neubewertung der EU-Kommissionsvorschläge zu Green Deal und Farm-to-Fork. Das hohe Produktionspotenzial in Deutschland und der EU mit ihren Gunststandorten für den Getreidebau muss vollständig genutzt werden können“ mahnt Schwarz und nennt eine wichtige Voraussetzung: „Um dies zu ermöglichen, muss die Versorgung der Landwirtschaft und des vor- und nachgelagerten Bereichs mit Agrardiesel und Gas z.B. für die Düngerherstellung und die Getreidetrocknung zu angemessenen Preisen sichergestellt werden“. Möglich sei dies durch die Befreiung von Energieabgaben, eine Erhöhung der Agrardieselbeihilfe oder eine Eröffnung der Heizölnutzung. Die freigegebenen Agrarkrisenmittel sollten zum Aufbau einer Düngerreserve genutzt werden. Die Möglichkeiten Handelsdünger durch Wirtschaftsdünger zu ersetzen, müssen verbessert werden.

Die Regelungen der GAP-Reform ab 2023 müssen an die veränderte Situation angepasst werden – insbesondere die Regelungen über nichtproduktive Flächen und den Fruchtwechsel. Ebenso müssen die Regelungen im laufenden Jahr flexibilisiert und dazu die Möglichkeiten des Kommissionsvorschlags zum Anbau genutzt werden.

Daneben schlägt der Landeshauptausschuss vor, die internationalen Handelsparameter für Weizen wie den Feuchte- und Proteingehalt anzupassen. Die sei bislang viel zu wenig beachtet und würde Dünger und Energie einsparen und gleichzeitig die Nahrungsmittelversorgung verbessern. Zudem müsste die Futtermittelversorgung der Ökobetriebe durch Fortsetzung der bis zum Jahresanfang geltenden Ausnahmeregelung verbessert werden.

Die Verfügbarkeit von Saisonarbeitskräften ist in diesem Jahr unsicher. Auch wegen der nach wie vor hohen Corona-Inzidenzen ist eine erneute, befristete Ausweitung der Zeitgrenzen für eine kurzfristige Beschäftigung geboten. Arbeitserlaubnisse für arbeitssuchende ukrainische Flüchtlinge müssen zügig erteilt werden.

Der Bauernverband Schleswig-Holstein unterstützt nachdrücklich den bereits im Jahr 2021 gemachten Vorschlag des Deutschen Bauernverbandes, Ernährungssicherung und Klimaschutz als Staatsziel in das Grundgesetz aufzunehmen.

Seit seiner Gründung am 12. Februar 1947 ist der Bauernverband die Interessenvertretung von Landwirtschaft und ländlichem Raum in Schleswig - Holstein. Aufgabe des Verbandes ist es, landwirtschaftliche Anliegen auf allen Ebenen einzubringen und durchzusetzen. Nicht nur in der Agrarpolitik, sondern auch in der Wirtschafts -, Rechts -, Sozial- und Umweltpolitik vertritt der Verband die Interessen seiner Mitglieder.

Weitere Informationen: Dr. Kirsten Hess 0151 20538459